

Osteuropastudien an schweizerischen Hochschulen?

Autor(en): **Stettler, Peter**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **21 (1971)**

Heft 4

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

doit rien aux mathématiques ni à l'économétrie. Et puisque nous en sommes au chapitre des interrogations, je reviens sur cette magnifique formule citée plus haut: la civilisation des Lumières, première de toutes les conditions préalables au *take off*. Mais encore faut-il que la «civilisation» des Lumières soit vraiment achevée vers 1750, en Angleterre. Or, quand on sait la lenteur de la diffusion d'idées aussi simples que les améliorations agricoles, que dire des «Lumières»⁵? D'autre part, le reproche adressé à Rostow de privilégier les investissements dans le processus du *take off* peut être retourné contre toute tentative d'isoler un fait de causalité. En revanche, la notion de multiplicateur de croissance, utilisée dans cette étude, me paraît très bien venue. Appliquée au domaine social et culturel, cette notion d'accélérateur exprime fort bien la réalité de ce XVIII^e siècle, dont «l'originalité ne réside pas dans des modifications individuelles, mais dans la propension qu'y prend le changement à entraîner d'autres changements» (p. 32).

OSTEUROPASTUDIEN AN SCHWEIZERISCHEN HOCHSCHULEN?

Von PETER STETTLER

Der im Ausland längst bekannte Begriff der *Gebietsforschung* (area studies), dem ein geographisch begrenzter Raum in seinen politischen, historischen, wirtschaftlichen und sprachlich-kulturellen Aspekten zugrundeliegt, setzt voraus, dass die betreffende «area» einen festen Platz im Geschichtsbild des Forschenden einnimmt.

Das Geschichtsbild des Westeuropäers

Die stiefmütterliche Behandlung, die alles Osteuropäische während allzu langer Zeit im Westen des alten Kontinentes, ja selbst in Amerika, erfuhr, hängt aufs engste zusammen mit dem Geschichtsbild des Westeuropäers, das zum Teil noch heute vom 19. Jahrhundert her geprägt ist. «Damals

⁵ «A tout prendre, l'Europe des Lumières n'existe qu'au sommet, un sommet de plus en plus mince quand on glisse, dans l'espace, d'ouest en est, quand on remonte le cours du temps de 1770 à 1680», p. 22.

konnte die germanisch-romanische Völkerfamilie und ihre geistige Ahnenreihe in der griechisch-römischen Antike als der eigentliche Gegenstand des Geschichtsbewusstseins betrachtet werden, während das östliche Europa – abgesehen von den übrigen Kulturkreisen der Welt – als geschichtlich irrelevant ausser Betracht blieb, wengleich weitblickende Männer wie Herder und Tocqueville die kommende Bedeutung Russlands voraussahen»¹. Die beiden Weltkriege haben diese auf Leopold von Ranke zurückgehende Tradition europäischer Geschichtsschreibung in Frage gestellt. Der Einbruch aussereuropäischer Mächte liess sogar da und dort ein neues Europabild entstehen. Aber weder Coudenhove-Kalergi noch Churchill ist es gelungen, Osteuropa in der westlichen Europavorstellung dauernd zu verankern. Die im Anschluss an den Zusammenbruch der Mittelmächte und des Zarenreiches 1918 entstandene osteuropäische Staatenwelt war für viele Westeuropäer, die Deutschen mit eingeschlossen, aufgesplittert in Gebilde mangelnder Individualität – ihre Eigenart war unter der langen Fremdherrschaft nahezu verkümmert – und kam daher als historischer Forschungsgegenstand kaum in Frage. Eugen Lemberg führt diese Einseitigkeit des Geschichtsbildes (speziell der Deutschen) zurück auf «das zu seiner Entstehungszeit vorherrschende Interesse an der Nationalstaatengründung: Nur diejenigen Völker sind darin enthalten, die sich in einem Staat ausgeprägt haben und also – nach Hegel – geschichtswürdig sind»². Da aber mit einer blossen Staatengeschichte weder die Völker noch die Geschichtskräfte Osteuropas zu erfassen sind, wurde eine Akzentverlegung innerhalb des herkömmlichen Geschichtsbildes von den staatlichen zu den ausserstaatlichen (sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen) Kräften unumgänglich. Das Interesse wurde aber erst eigentlich geweckt, als gegen Ende der dreissiger Jahre die osteuropäische Zwischenzone erneut im Machtkampf der Giganten untertauchte. Seit 1945 hüllt sich Osteuropa in das unifizierende Rot sowjetischer Observanz und bietet wiederum wenig Anreiz. Einzig in Augenblicken, da sich ein osteuropäisches Nationalbewusstsein gegen die Vorherrschaft des Kremls zu regen beginnt – Jugoslawien 1948, Ostberlin 1953, Polen und Ungarn 1956, Rumänien seit 1963, Tschechoslowakei 1968, Polen 1970 – gibt sich der Westeuropäer, wenn auch nur vorübergehend, Rechenschaft darüber, dass gerade vertiefte historische und kulturelle Kenntnisse sein Verständnis für das zeitgeschichtliche «andere» Europa fördern könnten.

Erschwerende Umstände in der Ostforschung

Neben diesem einseitigen Europabild sind es praktische Schwierigkeiten, mit denen sich der Osteuropaforscher konfrontiert sieht. Osteuropäische Studien ohne sprachliche Kenntnisse sind schlechterdings undenkbar. Die

¹ EUGEN LEMBERG u. a., *Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn*. Ein Handbuch. Diesterweg, Frankfurt a. M. 1967 S. 13.

² LEMBERG a. a. O.

Vorarbeit auf der Mittelschulstufe und die nötigen Grundkurse an der Universität sind vielerorts erst im Aufbau begriffen. Immerhin ist es erfreulich festzustellen, dass in den vergangenen vier Jahren (1967–71) die Zahl der schweizerischen Mittelschulen mit fakultativem Russischunterricht von 7 auf 16 gestiegen ist. Erschwerend ins Gewicht fällt ferner die mangelnde Freizügigkeit bei Studienaufenthalten in den Oststaaten (Zugang zu Quellenmaterial, wissenschaftliche Zusammenarbeit). Diese Hindernisse führen meist dazu, dass man im Westen nach anderen Forschungsobjekten Ausschau hält, bei denen die Voraussetzungen wesentlich günstiger sind.

Osteuropastudien im Ausland

Im folgenden soll anhand der drei «Modellfälle» Bundesrepublik Deutschland (und Österreich), Grossbritannien und USA gezeigt werden, welche Stellung die Osteuropaforschung (und -lehre) heute an den Hochschulen dieser Länder einnimmt³. Daraus mögen sich eine Reihe von Schlussfolgerungen ergeben, die für die Gestaltung eines den Verhältnissen unseres Landes angepassten Osteuropastudiums richtungweisend sein könnten.

Sucht man nach den Anfängen der Osteuropaforschung, so stehen die *Bundesrepublik Deutschland* und *Österreich* zweifellos an der Spitze. Für die ehemalige Donaumonarchie mit ihren slawischen Völkern ist dies weiter nicht erstaunlich. Bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dort systematisch Ostforschung betrieben, vorwiegend durch die Austroslawen selber. Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1918 zog auch die österreichische Ostforschung in Mitleidenschaft; Wissenschaftler slawischer Herkunft wanderten in ihre Nationalstaaten ab und beraubten dadurch den österreichischen Rumpfstaat seiner wertvollsten Kräfte. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg trieb dafür die deutsche Ostforschung (deren Anfänge bis in die Bismarck-Ära zurückreichen) ihrem Höhepunkt entgegen mit den Brennpunkten Breslau, Königsberg und Leipzig. Die Gründe für diese Öffnung nach Osten liegen auf der Hand: die geographisch-historische Nachbarschaft schuf eine Fülle von Berührungs- und Reibungsflächen (deutsche Ostsiedlung!) mit der slawischen Welt, die für die USA, England und die Schweiz völlig wegfielen⁴. Dass hier nach 1945 eine mühe-

³ JENS HACKER, *Osteuropaforschung in der Bundesrepublik* (Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», B 37/60 14. 9. 1960). Derselbe, *Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich* (a. a. O. 5. 4. 1961). R. JAGODITSCH, *Bedeutung der slawischen Studien in Österreich* (Wissenschaft und Weltbild – Vierteljahresschrift für die Grundfragen der Forschung, Wien, März 1959 S. 384 ff. G. H. BOLSOVER und G. H. N. SETON-WATSON, *Osteuropastudium in Grossbritannien* (Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 6. Jg., Heft 2, April 1956). ALFRED G. MEYER, *Osteuropastudium in den Vereinigten Staaten* (a. a. O. 5. Jg., Heft 4, August 1955).

⁴ Vgl. HERBERT LUDAT, *Deutsch-slawische Frühzeit und modernes polnisches Geschichtsbewusstsein*. Ausgewählte Aufsätze. Böhlau, Köln/Wien 1969, und GÜNTHER STÖKL,

volle Aufbauarbeit geleistet werden musste, um die Ostforschung wieder in Gang zu bringen, ist eine Folge der nationalsozialistischen Volkstumspolitik. Die Forschungsstätten im Osten gingen dabei verloren; der Bombenkrieg hatte auch im westlichen Teil Deutschlands grossen Schaden angerichtet; führende Ostspezialisten waren zum Teil emigriert. Das Verhältnis der Deutschen zum Osten musste von Grund auf neu überprüft werden. Dieser Generalbereinigung, deren bester Ausdruck auf politischer Ebene die diplomatische Aktivität der Bonner Regierung Brandt-Scheel ist, verdankt die deutsche Ostforschung schliesslich ihren Aufschwung. Das Vertriebenenproblem machte die Ostkunde fast zu einem Pflichtfach. Der Wiederaufbau ist weitgehend das Verdienst der Deutschen Forschungsgemeinschaft (in Österreich: Arbeitsgemeinschaft Ost in Wien), die durch die Senatskommission für Ostforschung die Koordinationsaufgabe für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik an die Hand genommen hat. Eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Zusammenschlüssen und koordinierenden Organen auf regionaler und überregionaler Ebene haben seither einen massgeblichen Einfluss auf die Aktivierung des Osteuropastudiums ausgeübt. Dank der positiven Haltung der Kultusminister der einzelnen Bundesländer und des deutschen Bundestages werden auch die nötigen finanziellen Mittel grosszügig zur Verfügung gestellt. Die Ostforschung wurde sozusagen zur Bundesache erklärt.

Wie wurde nun das Postulat einer fächerübergreifenden Bildungs- und Forschungsaufgabe, wie sie der Komplex Osteuropa⁵ darstellt, in der Bundesrepublik und in Österreich⁶ innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte verwirklicht? In beiden Ländern spielen sich Lehre und Forschung sozusagen auf drei Ebenen ab: in Hochschulinstituten und Seminarien, die sich ausschliesslich der Osteuropaforschung widmen oder in deren Arbeitsbereich die Osteuropaforschung nur ein Teilgebiet bildet, ferner in Instituten, die mit den Universitäten weniger eng verbunden sind und nur teilweise Osteuropaforschung treiben. (Auf die ausgedehnte Osteuropaforschung ausserhalb der Hochschulen wird im folgenden nicht eingegangen.) Zur ersten Gruppe gehört beispielsweise das Osteuropainstitut an der Freien Universität Berlin. Es ist das erste in Deutschland seit dem Kriegsende geschaffene Lehr- und Forschungsinstitut mit Abteilungen für slawische Sprachen und Literaturen,

Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft, dtv 1970.

⁵ Unter «Osteuropa» versteht man in der Regel die Länder Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas: darunter fallen Russland (Sowjetunion), Polen, die baltischen Staaten, sowie die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien. Der Bereich umfasst also mehr als den slawischen Sprachraum. Eine Divergenz in den Auffassungen ergibt sich durch den Umstand, dass der Amerikaner Russland beziehungsweise die Sowjetunion aus dem Begriff «Osteuropa» ausklammert und der Westdeutsche die im Zweiten Weltkrieg verlorenen deutschen Gebiete im Osten miteinbezieht.

⁶ Die nachfolgenden Ausführungen gelten in beschränktem Rahmen auch für Österreich. Eine führende Stellung nimmt dabei das Institut für osteuropäische Geschichte und Südostforschung der Universität Wien ein.

osteuropäische Geschichte, Recht, Wirtschaft, Landeskunde, Soziologie, Medizin, Bildungswesen und Kunstgeschichte. Dieses Institut steht ausserhalb der einzelnen Fakultäten, deren Vertreter hier neben ihren fakultäts-internen Verpflichtungen zusammenarbeiten. An anderen Universitäten ist die Ostkunde beschränkt auf ein Seminar für Slawistik, allenfalls für osteuropäische Geschichte. In die zweite Kategorie fallen Seminarien, die sich nur innerhalb eines weitergefassten Lehr- und Forschungsauftrages mit dem europäischen Osten befassen, in die dritte unter anderen das Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik und zu Österreich reicht in den angelsächsischen Staaten die Beschäftigung mit Osteuropa weniger weit in die Vergangenheit zurück. In *England* nahm bis zur Zeit des Ersten Weltkrieges die klassische Philologie (neben den exakten Wissenschaften und den modernen westlichen Sprachen) eine dermassen beherrschende Stellung ein, dass man eine einzige Russisch-Professur als hinreichend empfand. Erst nachdem das vom damaligen Premierminister Asquith 1915 ins Leben gerufene Leathes-Committee den ganzen Fragenkomplex studiert hatte, erhielt die Universität London ihre «School of Slavonic and East European Studies». Der erste an diesem Institut eingesetzte Dozent war T. G. Masaryk, der spätere erste Präsident der tschechoslowakischen Republik⁷. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Forschung durch die Regierung entscheidend gefördert worden. Schon 1952 hatten sich die Lehrstühle gegenüber dem Stand von 1939 nahezu verdoppelt. Der eigentliche Anstoss kam wiederum von oben: auf Initiative des Aussenministeriums befasste sich das Scarborough-Committee mit der Möglichkeit einer Förderung des Russland- und Osteuropastudiums in Grossbritannien. In den Jahren 1947–52 flossen den Hochschulen die nötigen finanziellen Mittel zu. Seither hat die Osteuropaforschung in England einen beachtlichen Stand erreicht und die Ergebnisse der Zwischenkriegszeit weit übertroffen. Das englische Beispiel beweist, dass die geographisch-historische Ferne durchaus kein Hindernis darstellen muss. Auch für das Europabild des insularen Engländers ist dieser Blick nach Osten übrigens aufschlussreich.

Im allgemeinen werden Ostprobleme in den englischen Universitäten fakultäts- oder seminarintern erörtert; lediglich die «School of Slavonic Studies» vereinigt Philologen, Historiker und Politologen unter einem Dach. Der pragmatische Zug innerhalb der englischen Ostforschung zeigt sich im übrigen am starken Interesse für wirtschaftliche, soziale und militärische Fragen. Man hat längst erkannt, dass der Wirtschaftsfachmann, wenn er sich mit dem Problem der Entwicklungsländer auseinandersetzt, auch die sowjetischen Wirtschaftsprinzipien kennen muss. Dieses Gebot lässt sich

⁷ Im Jahre 1919 schuf die Universität London einen Lehrstuhl für russische Geschichte, Sprache und Literatur und betraute Sir Bernard Pares mit dieser Professur. 1922 wurde eine weitere Professur für Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas eingerichtet und R. W. Seton-Watson übertragen.

sinngemäss auch auf die Aussenpolitik übertragen. So ist beispielsweise das «Royal Institute of International Affairs» mit einer umfänglichen Dokumentenserie zur sowjetischen Aussenpolitik an die Öffentlichkeit getreten.

In den *USA* kann man erst im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg von einem auf breiter Basis in Angriff genommenen Osteuropastudium sprechen. Das weltgeschichtliche Ereignis von 1917 bewirkte, dass für den Amerikaner Russland während längerer Zeit die einzige interessante Stimme aus dem Osten des alten Kontinentes darstellte, weil sie für den Ost-Westgegensatz bestimmend wurde. In die Anfänge der amerikanischen Ostforschung gehört die Gründung der slawistischen Abteilung der Universität Harvard (wo sich heute das Trotzki-Archiv befindet) im Jahre 1895. 1907 entstand die Kongressbücherei in Washington, seither das wichtigste Quellenzentrum für osteuropäische Studien in Amerika⁸. Ähnlich wie in England wird die Ostforschung von der Praxis her betrachtet; zu den wichtigsten Auftraggebern gehören das Aussenministerium, die Armee und die Industrie. Die finanziellen Mittel stammen zur Hauptsache von der Bundesregierung und den Millionärsstiftungen (Rockefeller, Ford, Carnegie Corporation).

Mit Ausnahme des «Russian Research Center» der Harvard-Universität (mit speziellen Abteilungen für Sprachen und Literaturen, Geschichte, politische Institutionen, Soziologie, Marxismus, Wirtschaft) kommt die Osteuropakunde im Rahmen der einzelnen Wissenschaften zum Zuge. Die eingangs erwähnte Idee der Gebietsforschung (area studies) geht zurück auf entsprechende Experimente an der Cornell-Universität im Staate New York. Für die verschiedenen Forschungsstätten ist es oft nicht leicht, gegenüber ihren Auftraggebern einen angemessenen wissenschaftlichen Spielraum zu wahren. Dem «Russian Research Center» ist es immerhin gelungen, eine allzu starke Einflussnahme von seiten der Luftwaffe in seiner Untersuchung über das sowjetische Gesellschaftssystem zu verhindern. Die Abhängigkeit zeigt sich auch darin, dass fast ausschliesslich die Sowjetunion nach 1945 zum Forschungsgegenstand erhoben wurde.

Rückblickend lässt sich sagen, dass die Bundesrepublik Osteuropastudien am besten in die herkömmliche Universitätsstruktur integriert hat, indem sie eine Reihe von speziellen Instituten geschaffen hat, in denen die ganze Komplexität der slawischen Welt durchleuchtet wird. Im Gegensatz zu den Angelsachsen legen die Deutschen neben der Erforschung der jüngsten Vergangenheit nicht minder Wert auf die historische Tiefe der deutsch-slawischen Nachbarschaft. Lehre und Forschung stehen hier im Zusammenhang mit der Klärung des belasteten Verhältnisses zum europäischen Osten. Die *USA* und England sind diesbezüglich freier, ungebundener – man sieht

⁸ Weitere Zentren der Osteuropaforschung in Amerika sind u. a.: das «Institute on East Central Europe» der Columbia-Universität, Cornell-Universität (New York), Universität von Kalifornien (Berkeley), Universität von Indiana (Bloomington) und die Universität von Kansas (Lawrence). Daneben gibt es auch eine Reihe von Forschungsanstalten ausserhalb der Universitäten.

hier die Beschäftigung mit Osteuropa vorwiegend aus dem Blickwinkel der Praxis. In allen diesen Ländern hat die Osteuropaforschung seit dem Zweiten Weltkrieg einen starken Auftrieb erfahren. Die grosszügige Finanzierung hat wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen.

Welches sind nun die Schlussfolgerungen, die sich aus der Darstellung obiger Modelle für die schweizerischen Verhältnisse ziehen lassen?

*Osteuropastudien an schweizerischen Hochschulen –
gestern, heute und morgen*⁹

Für die Schweiz ist charakteristisch, dass sie im Gegensatz zu andern Staaten an keine Tradition in der Ostforschung anknüpfen kann, obschon stets rege persönliche Beziehungen zum Beispiel zu Russland bestanden haben. Nur in Genf und Freiburg fand die Slawistik gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine erste Heimstätte. Das Schicksal vieler Russlandschweizer nach 1917 war der jungen Ostforschung nicht förderlich; die Ressentiments, wenigstens gegenüber Sowjetrussland, waren zu stark. Noch 1945 hielt sich dieser Forschungszweig in bescheidenem Rahmen. Die wenigen Ostspezialisten wie Prof. Valentin Gitermann und Prof. Fritz Lieb mussten ohne Hilfe oder Unterstützung auf diesem Gebiet tätig sein. Angesichts des Vormarsches der Sowjetmacht war das geringe Interesse am europäischen Osten geradezu grotesk. Das Aschenbrödeldasein der Slawistik (die eigentliche Voraussetzung für Osteuropastudien im weitesten Sinn) lässt sich zum Teil durch die starke Beschäftigung mit unserer eigenen kulturellen Mehrgestaltigkeit erklären. «In ihren (der Schweiz) Grenzen verzahnt sich das romanische und germanische Europa, und eben deshalb geht der Gedanke, dass Europa in Wirklichkeit nicht nur auf dieser Zweiheit, sondern auf einer romanisch-germanisch-slawischen Dreiheit beruht, hierzulande besonders schwer ein»¹⁰. Gerade von deutscher Seite wird das Abseitsstehen der Schweiz in der Ostforschung bedauert, um so mehr, als ihr Verhältnis zu den Ländern Osteuropas keinen Belastungen unterworfen sei. Wir müssen deshalb dem *Schweizerischen Ostinstitut* in Bern dankbar sein für den vielversprechenden Anfang, den es mit der systematischen Erforschung der osteuropäischen Zeitgeschichte gemacht hat. Die Universität kann aber nicht umhin, auch ihrerseits die Möglichkeit für Osteuropastudien zu schaffen, nicht zuletzt deshalb, weil Wissenschaft und antikommunistische Propaganda voneinander getrennt werden sollten.

⁹ JENS HACKER, Die Osteuropa-Forschung in der Schweiz (a. a. O. 24. 1. 1962). RUDOLF BÄCHTOLD, *Die Stellung der Slawistik in der Schweiz* (Österreichische Osthefte, Sonderdruck 1964). RUDOLF A. HEIMANN, *Der Plan eines schweizerischen Ostinstitutes* (Schweizer Monatshefte, Oktober 1957, S. 568–571). RICHARD SCHWERTFEGER, *Vernachlässigte Ostforschung in der Schweiz* (Die Tat 7. 1. 1961). PETER SAGER, *Schweizerisches Ostinstitut Bern* (Österreichische Osthefte, Wien, Heft 2, 1960 S. 158). *Das Schweizerische Ostinstitut* (NZZ Nr. 52, 2. 2. 1971).

¹⁰ BÄCHTOLD a. a. O. S. 527.

Im Augenblick steht Osteuropa an den schweizerischen Universitäten nach wie vor im Schatten anderer «areas» (USA, Iberoamerika, Islam- und Ostasienkunde). Es geht hier weder darum, einzelne Disziplinen gegeneinander auszuspielen noch um rein pragmatische Erwägungen. Ähnlich wie der Staat, die Kirche oder die Armee ist auch die Universität einem geistigen Wandel unterworfen, wenn sie neuen Anforderungen gewachsen sein will. Das Slawentum stellt nur eine unter vielen Kräften dar, die die Dynamik unserer Zeit bestimmen. Trotzdem hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nur zögernd Eingang gefunden in unseren Studienbetrieb und fast ausschliesslich im sprachlich-literarischen Bereich. *An keiner unserer Universitäten werden hingegen systematische Oststudien auf breiter Basis*, das heisst über die sprachwissenschaftliche hinaus, *betrieben*. Zu diesem Zwecke müsste man innerhalb der bestehenden Fakultäten eine Anzahl neuer Lehraufträge erteilen (analog dem Spezialisierungsprozess in den Naturwissenschaften), etwa für osteuropäische Geschichte, Geographie, Kunst, Wirtschaft, Recht, politische Institutionen, Philosophie (Marxismus). Einzelne Universitäten haben diesen Weg bereits beschritten, so Basel (Lehrauftrag für Geschichte der slawischen Völker und ihrer Sprachen seit 1967), Bern (Honorarprofessur für Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Oststaaten), Freiburg (das der Philosophischen Fakultät angeschlossene Osteuropa-Institut mit Schwergewicht auf Sowjetologie, ferner ein Lehrauftrag für Kirchengeschichte), Genf (Privatdozenten für sowjetisches Privatrecht und für osteuropäische Rechtssysteme, ferner Vorlesungen an der Dolmetscherschule und am «Institut de Hautes Etudes Internationales») und St. Gallen (Privatdozent für Theorie und Praxis des Kommunismus, ferner ein Extraordinarius für Theorie und Praxis der Planwirtschaft). In jüngster Zeit wurde zudem in Zürich eine Professur für osteuropäische Geschichte eingerichtet. Wenn einzelne Dozenten bisher auch im Rahmen ihrer weitergefassten Lehraufträge gelegentlich osteuropäische Themen behandelt haben, so ist dies gewiss begrüssenswert; auf die Dauer wird aber auch die Ostkunde nicht ohne Fachspezialisten auskommen können.

Das arbeitsteilige Prinzip wird – das wäre der nächste Schritt – der Ostkunde aber nur dann gerecht, wenn man den Lehr- und Forschungsbetrieb der einzelnen Fachgebiete (zum Beispiel Geschichte, Geographie, Kunst des europäischen Ostens usw.) miteinander *koordiniert*. Dieses Postulat könnte auf zwei verschiedene Arten realisiert werden. Erstens: durch das *Collegium Generale* oder die *Ringvorlesung*¹¹ würde die traditionelle Universitätsstruktur (Fakultäten) nur gelegentlich durchbrochen, die Ostkunde also zur Hauptsache in den bisherigen Disziplinen integriert bleiben (zum Beispiel Behandlung der osteuropäischen Geschichte innerhalb der allgemeinen Geschichte). Bei dieser ersten Lösung geht man von der Einsicht aus, dass die

¹¹ Vgl. *Das Lehren der Geschichte. Methoden des Geschichtsunterrichts in Schule und Universität*, herausgegeben von R. MIELITZ, Kleine Vandenhoeck-Reihe, Göttingen 1969 S. 164–170.

Synopsis nur noch auf der Basis einer ständigen Kommunikation der Lehrenden untereinander zu bewerkstelligen ist und kaum mehr durch einen Einzelnen. Als Themen, die während eines Semesters, vielleicht wöchentlich einstündig, jeweils von einem anderen Vortragenden behandelt würden (eine Alternative wäre das Kolloquium), kämen etwa in Frage: Russland zur Zeit Peters des Grossen, die Oktoberrevolution von 1917, Marxismus-Leninismus (und Dritte Welt), Gegenwartsprobleme eines Oststaates und anderes mehr. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass der Lehrkörper während des grössten Teils seiner Tätigkeit den einzelnen Fakultäten zur Verfügung bliebe. Sie setzt aber voraus, dass der Fachvertreter, solange Ostspezialisten fehlen, innerhalb seines Lehrauftrages die osteuropäischen Verhältnisse vermehrt berücksichtigen müsste, was eine enorme Belastung bedeuten würde.

Bei der zweiten Lösung wären grundsätzliche Änderungen im schweizerischen Hochschulwesen ins Auge zu fassen. Der Ausbau unserer Universitäten ist weitgehend eine Frage der finanziellen Mittel. Schon heute sind die Hochschulkantone an der Grenze ihrer materiellen Leistungsfähigkeit angelangt, so dass der Bund über kurz oder lang stärker wird herangezogen werden müssen. Ist es da sinnvoll, wenn sich jede Universität aus Prestige-Gründen den Luxus leistet, das ganze Fakultäts- und Fächerangebot aufrechtzuerhalten? Um auf internationaler Ebene mitreden zu können, muss unser Land mit seinen Mitteln *Schwerpunkte* der Lehre und Forschung schaffen. Wir leben in einer Zeit, in welcher sich die Distanzen zusehends verkürzen. Warum sollten wir in unserem kleinstaatlichen Raum nicht fertigbringen, was andere Länder, die viel grösser sind, sich zu erreichen bemühen? Es ist ganz klar, dass sich nicht jede schweizerische Universität eine Reihe von Ostspezialisten leisten können. Wäre es da nicht besser, an einer bestehenden Universität ein *schweizerisches Osteuropa-Institut* zu schaffen, entweder mit vollamtlichen Fachkräften ohne weitere fakultätsinterne Verpflichtungen oder mit Dozenten, die nur während einer gewissen Zeit von ihren Fakultäten «ausgeliehen» würden? Am naheliegendsten wäre die Erweiterung des seit 1957 bestehenden Osteuropa-Instituts an der Universität Freiburg, das im Augenblick weitgehend philosophisch ausgerichtet ist¹². Dabei müsste die Möglichkeit ausgebaut werden, wissenschaftliche Diplome zu erwerben, sei es auf einzelnen Disziplinen (zum Beispiel für Juristen, Nationalökonomien u. a. in einem «postgraduate»-Studium) oder auf Fundamental- und höherer Sowjetologie. Ein solches Institut könnte aber nur dann zu einer beachtlichen Forschungsstätte werden, wenn die heute über verschiedene schweizerische Bibliotheken verteilten Slavica durch einen Gesamtkatalog erfasst, unter Umständen sogar an einem zentralen Ort untergebracht würden¹³. Auch hier liesse sich auf bereits bestehenden Grund-

¹² N. LOBKOWICZ, *Institut de l'Europe Orientale/Fribourg – Ein schweizerisches Universitätsinstitut für Osteuropakunde* (Österreichische Osthefte, Heft 1, Januar 1960).

¹³ ELIZABETH KOUTAISOFF, *Russian Books in the Libraries of Switzerland* (The Slavonic

lagen, der Osteuropa-Bibliothek beim Schweizerischen Ostinstitut in Bern, weiterbauen.

In slawistischen Kreisen gehen die Meinungen über die Gestaltung des Osteuropastudiums in der Schweiz allerdings noch auseinander. Wenn man auch der Schaffung einer Koordinationsstelle (eventuell im Rahmen einer Osteuropa-Gesellschaft) für Lehre und Forschung und der Erstellung eines Gesamtkatalogs (und dem Ausbau der Bibliotheksbestände) nicht abgeneigt ist, so werden doch umgekehrt gewisse Bedenken geäußert gegenüber der Idee eines zentralen Institutes. Dies geschieht mit Hinweisen auf die Verhältnisse in den USA und in Westdeutschland, wo einerseits eine zunehmende Abhängigkeit vom Geldgeber, andererseits eine unerfreuliche Politisierungstendenz festzustellen sei. Man möchte deshalb der einzelnen Universität beispielsweise ihre Slawistik, sofern vorhanden auch die osteuropäische Geschichte, belassen und die Ostspezialisten nur gelegentlich einem überregionalen Institut zur Verfügung stellen. (Im übrigen ist man sich unter den Slawisten einig, dass der Geschichte in einem Osteuropastudium zentrale Bedeutung zukommt.) Andernfalls, so wird befürchtet, könnte an den einzelnen Universitäten keine, wenn auch bescheidene Osteuropakunde mehr betrieben werden, was die schweizerische Forschung auf diesem Gebiet zwar intensivieren, die Integration der Ostkunde in die allgemeine Bildungsarbeit an der einzelnen Universität aber beeinträchtigen würde. Größere Forschungsinstitute gebe es bezeichnenderweise in den grossen Staaten, nicht aber in Dänemark, Schweden, Holland usw.

Eine eidgenössische Kommission soll sich seit einiger Zeit generell mit dem Problem von Schwergewichtsbildungen befassen. Es bleibt zu hoffen, dass sie mit ihren Schlussfolgerungen in nicht allzu ferner Zukunft an die Öffentlichkeit treten wird, damit die schweizerische Osteuropaforschung endlich ihren Platz neben den «Grossen» einnehmen kann.

Review, Vol. 33, 1954/55 p. 222–225). E. LANGE, *Schweizer Drucke in russischer Sprache* (50 Jahre Schweizerische Landesbibliothek 1895–1945, Bern S. 68–76). F. LIEB, *Die russisch-slawische Bibliothek Lieb in Basel* (Theologische Zeitschrift 1952, Heft 2).